

## Regierungsportal Mecklenburg-Vorpommern

---

### Pressemeldung

#### **Braucht Waren (Müritz) eine Ortsumgehung? Ministerium beteiligt Bürger an der Verkehrsplanung**

*Nr. 106/12 - 31.08.2012 - EM - Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung*

#### **Braucht Waren (Müritz) eine Ortsumgehung?**

#### **Ministerium beteiligt Bürger an der Verkehrsplanung**

#### ***Experten der Bertelsmann Stiftung begleiten erste informelle Bürgerbeteiligung zu Infrastrukturprojekt in Mecklenburg-Vorpommern***

Wenn viel befahrene Straßen mitten durch eine Stadt verlaufen, gehört die Planung von Ortsumgehungen zu den unter den Bürgern am emotionalsten diskutierten Themen. Viele Interessen wie etwa Lärmschutz und Naturschutz stehen sich gegenüber. In Waren startet das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in diesen Tagen erstmals den Versuch, über die gesetzlich geregelten Beteiligungsverfahren hinaus die Bürger frühzeitig und intensiv an der Planung zu beteiligen. Der Entscheidungsprozess, ob und wie in der Kreisstadt des Landkreises Müritz eine Umgehung gebaut wird, soll transparent und offen gestaltet werden. Unterstützt wird das Ministerium dabei von Beteiligungsexperten der Bertelsmann Stiftung.

Die Ortsumgehung Waren ist 2003 in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Seitdem hat sich in der Stadt Waren und der Region eine kontroverse Diskussion entwickelt. Im Zentrum steht die Frage, ob und wie der Verkehr, der über die B 192 und die B 108 derzeit durch Waren fährt, umgeleitet werden kann. Vor dem förmlichen Raumordnungsverfahren findet nun eine informelle Bürgerbeteiligung statt, die ergebnisoffen ist. "Es geht zunächst um die Frage, ob eine Ortsumgehung überhaupt notwendig ist", sagte Minister Volker Schlotmann: "Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich einbringen können. Insbesondere die Menschen, die sich bislang in der Debatte nicht zu Wort gemeldet haben. Am Ende soll dabei ein Ergebnis stehen, mit dem vielleicht nicht alle einverstanden sind, zu dem aber alle sagen können, dass es in einem offenen, transparenten und fairen Verfahren gefunden worden ist. Das setzt ein gegenseitiges Grundvertrauen aller Beteiligten voraus. Um dies zu befördern, habe ich die Bertelsmann Stiftung gebeten, dieses Verfahren als ein neutraler Akteur zu begleiten."

Die Bertelsmann Stiftung bereitet die Bürgerbeteiligung in den kommenden Wochen mit einer Befragung von interessierten Personengruppen vor. Bürgerinitiativen, einzelne Bürger, Politik, Verwaltung und Wirtschaft können in den Interviews ihre Erwartungen an den Beteiligungsprozess äußern. Die Ergebnisse werden auf einer öffentlichen Bürgerversammlung in Waren Ende des Jahres vorgestellt, die den Auftakt des Beteiligungsverfahrens markiert. Dort können alle Fragen der Bürger zum Planungsverfahren und zur Bürgerbeteiligung gestellt werden.

Fest steht: Ein neutraler Moderator, den die Bürger mit auswählen, wird durch das gesamte Verfahren führen. Konkrete Maßnahmen werden gemeinsam mit den Bürgern verabredet. "Wichtig ist ein Mix aus Instrumenten, die Transparenz herstellen, Dialog organisieren und Mitbestimmung ermöglichen", sagt Anna Renkamp von der Bertelsmann Stiftung. Denkbar wäre etwa eine Projektwebsite, die die diskutierten Alternativen einer Trassenführung und die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten – auch der Nullvariante – im Überblick

darstellt. In Planungswerkstätten mit Bürgern und Experten können die Auswirkungen auf Mobilität und Lärmbelastungen der von den Varianten unterschiedlich betroffenen Bürger beleuchtet und die Vielfalt der Bürgerinteressen gegenüber gestellt werden.

Am Ende des Beteiligungsverfahrens, das das Ministerium für Sommer 2013 erwartet, sollen die Bürger darüber abstimmen, ob eine Ortsumgehung notwendig ist. An das Ergebnis des Bürgervotums will sich das Ministerium im Hinblick auf die bevorstehenden Anmeldungen des Landes für den neuen Bundesverkehrswegeplan politisch binden. Sollten die Bürger sich für den Bau der Ortsumgehung aussprechen und dabei eine bestimmte Trassenvariante favorisieren, so wird diese Position im weiteren Verfahren eine wichtige Rolle spielen.

Damit steht jedoch noch nicht fest, dass diese Trasse auch umgesetzt wird. Denn diese Entscheidung erfolgt in den dafür vorgesehenen förmlichen Planungs- und Zulassungsverfahren. Diese Verfahren müssen aus rechtlichen Gründen offen dafür sein, dass die zuständigen Behörden etwa auf Grund der weiteren Sachverhaltsermittlung zu anderen Ergebnissen kommen als die informelle Bürgerbeteiligung. Zudem ist aus heutiger Sicht nicht mit Sicherheit vorauszusagen, in welchen Zeiträumen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Dieser Punkt ist Schlotmann außerordentlich wichtig: "Zu einem transparenten und fairen Verfahren gehören auch klare Ansagen, was geht und was nicht. Eine Bürgerbeteiligung darf nicht Erwartungen wecken, die nicht erfüllt werden können."

### **Zur Bertelsmann Stiftung:**

Die Bertelsmann Stiftung mit Sitz in Gütersloh (Nordrhein-Westfalen) arbeitet seit mehreren Jahren im Bereich Bürgerbeteiligung. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete, gemeinnützige Einrichtung organisierte bereits Bürgerdialoge mit dem Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin sowie zu regionalen Infrastrukturprojekten. Das übergeordnete Interesse der Stiftung bei diesem Thema ist, bundesweit Behörden von der Ebene der Kommunal- bis zur Ministerialverwaltung für die Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung zu sensibilisieren und zugleich Informationen, Verfahren und Instrumente bereit zu stellen, die bei der praktischen Umsetzung helfen.

Ihre Expertise im Bereich Partizipation stellt die Bertelsmann Stiftung regelmäßig auf Fachtagungen vor, worauf mehrere Länder und Regionen Interesse an Beteiligungsmodellen gezeigt haben. Unter anderen war das Verkehrsministerium Mecklenburg-Vorpommern auf die Stiftung zugegangen und hatte signalisiert, dass das Land Interesse habe, neue Wege der Bürgerbeteiligung im Verkehrssektor zu erproben, konkret bei der Ortsumgehung Waren.

Durch den Beteiligungsprozess in Waren erhofft sich die Bertelsmann Stiftung wichtige Erkenntnisse für Bürgerbeteiligung allgemein und konfliktträchtige Verkehrsprojekte im Besonderen. Jörg Dräger, Vorstandmitglied der Bertelsmann Stiftung, sagt: "Wir wissen nicht erst seit Stuttgart 21, dass Bürgerbeteiligung anders laufen muss als bisher: Waren ist für uns ein Projekt, das Modell stehen kann für viele andere Infrastrukturprojekte in Deutschland. Die Erfahrungen, die wir in Waren sammeln werden, können uns helfen, die Bürgerbeteiligung bundesweit in künftigen Infrastrukturprojekten zu verbessern."

### **Kontakt:**

[zur Pressestelle, zu aktuellen oder archivierten Pressemitteilungen](#)

[zurück zur letzten Seite](#)

---